

Stenografisches Wortprotokoll

der

40. Landkreisversammlung

am Montag, 12. Oktober 2020, 9:00 Uhr

in Villingen-Schwenningen

Neue Tonhalle

Ansprache

Ministerpräsident WINFRIED KRETSCHMANN MdL: Sehr geehrter Herr Präsident Landrat Walter, sehr geehrter Herr Vizepräsident Landrat Dr. Brötel, Herr Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. von Komorowski. Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Aras. Ich darf den Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Herrn Frei recht herzlich begrüßen, die Fraktionsvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Herrn Dr. Rülke und Herrn Stoch sowie die anwesenden Mitglieder des Landtages. Ich begrüße Herrn Staatssekretär Klenk und Frau Regierungspräsidentin Schäfer. Ich begrüße das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetages, Frau Oberbürgermeisterin a. D. Heute-Bluhm, Herrn Ersten Beigeordneten Jäger vom Gemeindetag. Herr Oberbürgermeister Roth, seien auch Sie recht herzlich begrüßt – stellvertretend für alle Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Meine Damen und Herren Landrätinnen und Landräte, liebe Damen und Herren Vertreter der Kreistage, meine Damen und Herren. Ich freue mich, dass ich wieder bei Ihnen zu Gast sein darf, Herr Präsident Landrat Walter; und an diesem Tag auch bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister Roth, und bei Ihnen, Herr Landrat Hinterseh.

Und ich freue mich, gleich mit zwei Glückwünschen beginnen zu dürfen. Denn Sie, lieber Herr Präsident Landrat Walter, und Sie, lieber Herr Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. von Komorowski, haben ja vor einigen Tagen runde Geburtstage feiern dürfen. Der eine ist 60, der andere 50 geworden. Ich möchte Ihnen beiden von Herzen gratulieren und Ihnen alles Gute wünschen, viel Gesundheit in diesen Tagen und Gottes reichlichen Segen für Sie beide!

(Beifall)

Herr Präsident Landrat Walter, vielen Dank, dass Sie Ihre Rede mit einem Blick zurück auf die Murrhardter Landrätekonferenz eröffnet haben. Auch danke ich Ihnen für Ihren Hinweis, dass sich im Gobelinsaal der Villa Reitzenstein einst die Ministerpräsidenten

der damals amerikanischen Zone in Deutschland zusammengefunden haben, um den Länderrat zu gründen.

In beiden Zusammenkünften wurde deutlich, wie unser Gemeinwesen aufgebaut werden sollte; nämlich von unten nach oben. Dafür dürfen wir den Amerikanern wirklich dankbar sein. Sie haben ihre föderale Tradition zu uns getragen. Und wir haben unsere föderale Tradition neu beleben können. Wir dürfen die Vertreter des Bundes immer wieder daran erinnern, dass es die Länder schon gab, als an den Bund noch gar nicht zu denken war. Der Bund ist aus den Ländern heraus entstanden – und nicht umgekehrt. Es wäre gut, wenn sich der Bund daran ab und zu erinnern würde. Die süddeutsche Kommunalverfassung, die dann entstanden ist, haben viele Länder in den letzten Jahrzehnten übernommen. Das zeigt doch, welche Qualität sie hat.

Es ist wichtig, immer wieder den Blick zurückzuwerfen; so wie Sie es, lieber Herr Präsident Landrat Walter, getan haben. Denn viele Menschen neigen dazu, in dieser Welt des hektischen Wandels – der Digitalisierung, der Dekarbonisierung – nur noch nach vorne, aber nicht mehr zurückzuschauen. Doch ich bin davon überzeugt: Nur wenn man weiß, wo man herkommt, hat man auch einen sichereren Blick dafür, wo man hinsoll.

Deswegen dürfen wir ruhig etwas öfter zurückblicken. Denn nur so können wir entscheiden: Was soll eigentlich bleiben in diesem Wandel? Welche Prinzipien, welche Grundsätze, welche Werte sollen wir beibehalten? Nur dann können wir Orientierung in dieser Zeit des Wandels geben. Deswegen vielen herzlichen Dank für diese Einführung!

Herr Landrat Hinterseh, der vor einigen Monaten von seinem Kreistag erneut im Amt bestätigt wurde, hat in seiner Bewerbungsrede gesagt: „Baden-Württemberg ist das Land der kommunalen Selbstverwaltung. Nirgendwo sonst in Deutschland finden wir eine so lange und lebendige Tradition.“ Diese Worte sprechen uns, glaube ich, allen aus dem Herzen.

Sie haben es gerade betont, Herr Präsident Landrat Walter: Es geht um mehr. Ich habe es einmal Partnerschaft zwischen Land und Kommunen genannt. Sie haben den Begriff

„Kooperation“ verwendet. Diese Partnerschaft ist mir und auch der Landesregierung wichtig – nicht nur in Worten, sondern auch in Taten.

Die vielen milliardenschweren Pakte und Vereinbarungen, die wir in den zurückliegenden Jahren geschlossen haben, sprechen für sich. Aber eben auch, wie Sie es ausführlich dargelegt haben, die erfolgreiche Bewältigung von Krisen – Finanzkrise, Flüchtlingskrise und jetzt die Coronakrise.

Wir können mit einem gewissen Selbstbewusstsein sagen, dass wir bewährte Strukturen der Partnerschaft und der Kooperation, aber auch gemeinsame Prinzipien haben. Dass wir diese Prinzipien immer wieder lebendig machen und lebendig halten, dafür noch einmal vielen herzlichen Dank an Sie alle!

Wir haben ja von Anfang an zu den am stärksten durch die Coronakrise betroffenen Ländern gehört. Wir sind aber auch, jedenfalls bisher, besser als andere durch diese Krise gekommen. Dazu haben der Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung entscheidend beigetragen. Die Gesundheitsämter haben Großartiges geleistet – und mit ihnen die gesamten Landratsämter. Denn ich weiß, dass in dieser Zeit Hunderte Mitarbeiter aus anderen Ämtern in die Gesundheitsämter abgeordnet wurden, um zum Beispiel bei der Kontaktverfolgung mit zu helfen. Herr Präsident Landrat Walter etwa hat sein gesamtes Veterinäramt zur Verfügung gestellt. Sie, meine Damen und Herren, haben in dieser Krise noch einmal bewiesen, was Sie können, und gezeigt, dass auf Sie Verlass ist. Dafür möchte ich Ihnen recht herzlich danken!

Letztlich wird in den Kreisen und Kommunen Politik konkret, denn dort werden die Dinge umgesetzt. Und nur, wenn es dort funktioniert, haben die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl, dass sie in einem wohlgeordneten Gemeinwesen leben. Dieses Gefühl ist wichtig, gerade in einer Zeit, in der an den Rändern alle möglichen Leute am Fundament der Demokratie herumbosseln. Hier müssen wir zeigen, dass wir auch in der Praxis ein wohlgeordnetes Gemeinwesen sind.

Ich erinnere mich noch gut an die große Katastrophe in der Gemeinde Braunsbach. Dort hatte Starkregen den ganzen Ort verwüstet. Am nächsten Tag waren alle – auch

der Landrat – vor Ort und wussten, was sie zu tun hatten. Das war schon sehr beeindruckend. In solchen Krisen und Katastrophen merkt man, ob man tatsächlich in einem wohl geordneten Gemeinwesen lebt, das auch Belastungen standhält. Das haben Sie gezeigt, und darauf dürfen Sie stolz sein. Und auch ich bin wirklich immer wieder stolz auf die Landrätinnen und Landräte in Baden-Württemberg.

Die Krankenhäuser haben in dieser Pandemie hervorragende Arbeit geleistet. Und sie leisten sie noch immer. Natürlich müssen wir unsere Krankenhauslandschaft weiter modernisieren. Darin sind wir uns, glaube ich, einig. Wir müssen dabei klug und umsichtig vorgehen, denn wir wollen und brauchen ja beides: zum einen eine moderne Gesundheitsversorgung, die von den Menschen auch tatsächlich angenommen wird. Das ist mir natürlich bewusst. Einige von Ihnen können ein Lied davon singen, was es heißt, ein Krankenhaus schließen zu müssen. Aber wir können letztlich nur Krankenhäuser erhalten, in denen sich die Patienten auch behandeln lassen. Alles andere macht keinen Sinn. Deshalb kann man es niemandem verübeln, wenn er eine Knieoperation dort vornehmen lässt, wo diese Operationen nicht nur sieben Mal im Jahr durchgeführt werden, sondern 700 Mal. Das können wir nicht einfach ändern.

Auf der anderen Seite brauchen wir aber auch eine flächendeckende Grundversorgung, damit eine stationäre Behandlung für die Bürgerinnen und Bürger von den Entfernungen her auch erreichbar bleibt.

In diesem Spannungsfeld müssen schwierige Entscheidungen getroffen werden. Sie sind aber auch sehr wichtig, weil sie den Lebensalltag der Bevölkerung ganz elementar betreffen. Diesen Weg einer modernen und flächendeckenden Krankenhausversorgung wollen wir weiter gehen.

Im Kreis Reutlingen habe ich mir mit Herrn Landrat Reumann in Bernloch das PORT-Gesundheitszentrum angeschaut. Das sind Schritte, wie wir im ländlichen Raum eine Gesundheitsversorgung zwischen stationär und ambulant organisieren können. Es ist gut und wichtig, dass es hierzulande dafür bereits gute Ideen und Pilotprojekte aus der

Praxis gibt. Diese müssen wir dann entsprechend umsetzen; natürlich mit den Mitteln, die wir haben.

Zu wenig hat man immer, Herr Präsident. Dass ich mal hierherkomme und Sie sagen: „Jetzt haben wir endlich genug Geld; bitte gebt uns keines mehr!“, das dürfte schwerlich passieren. Aber ich meine – ich komme darauf nachher noch mal zu sprechen –, die Mittel müssen ja auch vorhanden sein. Ich denke, wir müssen uns eher darauf einstellen, dass wir nach der Krise erst einmal weniger Mittel haben.

Denken Sie an die Automobilwirtschaft. Die Voraussagen sehen so aus, dass sie einige Jahre brauchen wird, um sich zu erholen. Das betrifft natürlich auch die Steuereinnahmen. Das müssen wir sehen. Vielleicht bekommen wir eine V-förmige Entwicklung. Aber der zweite Schenkel des Aufstiegs verläuft offenbar deutlich flacher. Darauf werden wir uns alle zusammen einstellen müssen.

Also: Die Kliniken im Land haben sich erfolgreich auf die Krise eingestellt und sich bewährt. Das war natürlich mit hohen Kosten verbunden. Deswegen haben wir Ihnen für die Kliniken 135 Millionen Euro als Ausgleich für erhöhte Aufwendungen überwiesen und Beatmungsgeräte im Wert von 59 Millionen Euro angeschafft. Wir stärken den öffentlichen Gesundheitsdienst mit über 200 neuen Stellen und Finanzaufwendungen im Umfang von 19 Millionen Euro pro Jahr.

Sie haben darauf hingewiesen: 2,2 Milliarden Euro stellen wir, in Kofinanzierung mit dem Bund, zur Gewerbesteuerersatzung bereit. Hinzu kommen die FAG-Einnahmen, für die das letzte Jahr als Bemessungsgrundlage dient.

Wir kämpfen natürlich selbst mit riesigen Löchern im Landeshaushalt. Wir werden jetzt in einem Jahr Schulden in Höhe von 13,6 Milliarden Euro aufnehmen. Man muss bedenken: Es hat über 50 Jahre gedauert, die 45 Milliarden Euro an Schulden aufzunehmen, die wir bisher hatten. Das bereitet mir natürlich schon auch Bauchschmerzen, und das Gefühl, das ich bei diesen 13,6 Milliarden Euro habe, ist nicht das Beste. Aber vom Gefühl kann man sich in einer Krise nicht leiten lassen. Man muss sich von seinem Kopf leiten lassen. Und der hat gesagt: Es wäre nicht richtig gewesen, gegen die Krise anzu-

sparen, denn dadurch verschärft man sie ja noch. Diese neue Schuldenaufnahme ist zwar in einer praktischen Nullzinslage nicht ganz so problematisch. Die Frage ist aber: Was passiert, wenn sich das mal ändert? Das werden große Herausforderungen sein, die da auf die nachfolgenden Politikergenerationen zukommen. Da dürfen wir uns nichts vormachen!

Aber für die Kreise und Kommunen wäre es besonders wegen deren Haushaltssystematik schwierig geworden, noch schwieriger als bei uns. Deswegen wären wir in einen Teufelskreis von Haushaltssperren, Investitionstopps und sinkenden Einnahmen gekommen. So etwas kann man in einer Krise natürlich nicht machen. Aber auch hier haben wir, denke ich, mit Maß und Mitte gehandelt.

Also: Es gibt die Soforthilfen von 250 Millionen Euro und nochmal rund 247 Millionen Euro für die Einnahmeausfälle im ÖPNV. Wir müssen natürlich, wie Sie gesagt haben, noch weiter darüber reden, wie wir das auch über die Krise hinaus stabilisieren. Die jeweils 65 Millionen Euro von Bund und Land für die Finanzierung digitaler Endgeräte bedürftiger Schülerinnen und Schüler waren auch ganz wichtig.

Jedenfalls haben wir es geschafft, Land und Kommunale Landesverbände, gemeinsam noch vor der Sommerpause ein 4,3-Milliarden-Euro-Paket zu schnüren. Es war ein großer Kraftakt. Wir konnten den Landesanteil nicht einfach aus den Rücklagen nehmen, denn die betragen ja nur 1,2 Milliarden Euro. Ich will damit sagen: Wir nehmen auch einen Großteil dieser Schulden auf, um Ihnen, den Kreisen und Kommunen, zu helfen und Sie nicht im Regen stehen zu lassen. Das wird auch in Zukunft so bleiben!

Blicken wir jetzt noch mal etwas nach vorne. Wir sind alle hochgradig alarmiert von den steigenden Infektionszahlen, auch wenn wir immer noch weit von dem entfernt sind, was andere Länder bereits wieder durchmachen. Aber wir müssen nun deutlich wachsamere sein! Deswegen haben wir die zweite Stufe des Corona-Sicherheitskonzepts aufgerufen. Das ist erst mal eine Hab-Acht-Regelung: Es geht darum, die Hygieneregeln, die AHA-Regeln insgesamt, verstärkt und unbedingt einzuhalten und die Kontrol-

len dazu zu verstärken – zum Beispiel im ÖPNV, im Einzelhandel oder in der Gastronomie.

Die steigenden Infektionszahlen machen uns große Sorgen. Und wir alle wollen einen Lockdown für die Wirtschaft und für den Bildungsbereich verhindern.

Mein Vater hat immer gesagt: erst das Notwendige, dann das Nützliche, dann das Angenehme. Das ist im politischen Leben auch so. Man verfährt nicht immer strikt nach dieser Reihenfolge. Aber jetzt ist das unbedingt notwendig. Und wir sind darauf angewiesen, dass die Bevölkerung dem auch folgt.

Man kann auf Partys verzichten. Das ist erträglich. Und wenn wir jetzt schärfere Maßnahmen in allen Bereichen, die als nützlich oder angenehm empfunden werden, ergreifen, dann geht es darum, das **Notwendige** zu schützen. Das ist das erste und wichtigste Prinzip, nach dem wir verfahren. Und ich bin froh, dass die allermeisten Menschen das auch einsehen.

Sobald wir die Infektionsketten nicht mehr nachverfolgen können, verlieren wir die Kontrolle über die Pandemie. Die Kontrolle über das Infektionsgeschehen ist aber entscheidend wichtig. Und nicht die ganzen Debatten, die darum herum geführt werden und über die ich mich manchmal wundere. Die kann man alle führen. Aber wenn wir die lokalen Infektionsketten irgendwann nicht mehr nachverfolgen können, dann bleibt uns am Schluss gar nichts anderes übrig, als wieder schärfere Maßnahmen zu ergreifen. Das müssen wir auch deutlich sagen. Und da spielen Sie mit Ihren lokalen Gesundheitsämtern die ganz entscheidende Rolle.

Wir sind für eine zweite Welle besser gewappnet als im Frühjahr. Für Schutzausrüstungen haben wir über 200 Millionen Euro ausgegeben. Wir haben eine eigene Teststrategie entwickelt. Die wird natürlich noch mal neu konzipiert – vor allem, was die Schnelltests betrifft. Wir werden jetzt sehr rasch entscheiden müssen: Wo werden die Tests vor allem eingesetzt?

Wir verstärken die Gesundheitsämter. Unsere Kliniken sind ebenfalls gut vorbereitet. Auch in den Schulen haben wir jetzt wieder Präsenzunterricht aufnehmen können. Das klappt bisher besser, als ich befürchtet habe. Wir passen die Coronaverordnung immer wieder dem Infektionsgeschehen an, in Absprache mit dem Bund und den anderen Ländern. Wie Sie wissen, trifft sich am Mittwoch die Ministerpräsidentenkonferenz wieder mit der Kanzlerin. Dann werden wir auch sehr umstrittene Dinge wie das Beherbergungsverbot besprechen. Aber ich möchte noch mal sagen: Das existiert, und zwar auch eigentlich sehr einheitlich, und betrifft Reisende und nicht Berufstätige. Und man kann sich auch „freitesten“ lassen. Das ist die gegenwärtige Lage. Ob wir daran etwas ändern und, wenn ja, wie, das werden wir sehr sorgfältig vorbereiten und am Mittwoch besprechen.

Natürlich müssen wir alles tun, damit die Infektionen aus Risikogebieten nicht einfach weitergetragen werden. Aber es muss alles auch plausibel und machbar sein. Darauf werden wir also achten und das noch mal besprechen.

Ich konnte vor kurzem die Firma CureVac in Tübingen besuchen. Ich denke, wir dürfen uns berechnete Hoffnung machen, dass wir im nächsten Jahr einen Impfstoff geprüft und getestet haben und ihn dann auch einsetzen können. Aber selbst wenn wir ihn haben, ja selbst wenn wir Millionen von Dosen haben, wird es Monate dauern, die Menschen zu impfen. Ich will damit sagen: Wir müssen uns darauf einstellen, noch eine ganze Zeit mit diesem Virus zu leben.

Zu dem, was Sie mir über den Lenkungskreis gesagt haben, sind wir im Gespräch. Der Chef der Staatskanzlei ist virtuell zugeschaltet und hört zu, und wir werden die Sache auch noch einmal besprechen. Das Verfahren ist ja in der Regel so, dass erst die Interministerielle Arbeitsgruppe tagt und dann Sie und die Kommunalen Landesverbände dazukommen. Dabei sollen sich die Ministerien vorher schon mit Ihnen besprechen und einigen. Aber ich leite Ihre Beschwerde nun weiter und gebe Ihnen dann eine Rückmeldung, Herr Präsident Landrat Walter.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben uns nach dem flächendeckenden Lockdown im Frühjahr auch wieder mehr Gestaltungsfreiheit zurückerobert. Die müssen wir nun noch stärker nutzen, insbesondere bei den politischen Megathemen Klimaschutz und Naturschutz.

Hitze und Dürre sorgen vielerorts für gigantische Probleme, und wir können alle nur hoffen und beten, dass wir nicht einen vierten trockenen Sommer bekommen. Das könnte katastrophale Folgen haben. Ich habe mir die Folgen dieses Trockensommers anschauen können, letztens im Schönbuch bei Tübingen. Dort trifft es selbst die Buchen auf dem Keuper – ganz abgesehen vom Schwarzwald, wo wir schon wirklich dramatische Verhältnisse haben.

Ich habe auf der Sommertour einen Hof besucht, der an der Brigachquelle liegt. Diese Quelle hat in diesem Jahr zum ersten Mal seit Menschengedenken nicht mehr geschüttet. Die Bauern, die dort Weidewirtschaft betreiben, müssen Futter zukaufen, weil einfach nicht genügend wächst. Das zeigt: Der Klimawandel ist bei uns voll angekommen. Deswegen müssen wir hier wirklich große Anstrengungen in vielen Bereichen unternehmen. Der Tübinger Oberbürgermeister Palmer hat mir vor kurzem erzählt, dass er bei der Wasserversorgung lange darüber geredet hat, ob die Rohrdurchmesser nicht zu groß seien und ob das jetzt alles teure Infrastruktur sei. Man sieht also, wie konkret sich das alles schon auswirkt.

Da müssen wir große Anstrengungen unternehmen; ebenso bei der Energiewende und beim Bau mit nachwachsenden Rohstoffen. Wir haben uns beim Klimaschutz einen Vorsprung erarbeitet. Den müssen wir weiter ausbauen. Gleiches gilt für den Naturschutz. Denn das ist auch eine dramatische globale Krise, die wir beim Artensterben und beim Rückgang der Biodiversität erleben.

Hier haben wir es geschafft, den scharfen Konflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu lösen. Ich bin sehr, sehr dankbar, dass es den Ministern Hauk und Untersteller gelungen ist, das hinzubekommen. Denn wir dürfen auf diesem Gebiet die Gräben nicht vertiefen. Wir müssen sie möglichst zuschütten und schauen, dass Verbraucher,

Bauern und Handel zusammenkommen. Wir wollen gute und gesunde Lebensmittel haben. Aber wir wollen auch, dass unsere Landwirte von ihrer Arbeit und ihren Erträgen leben können. Beides gehört zusammen. Doch das gibt es nicht zum Nulltarif; das muss allen klar sein.

Ein weiteres Topthema ist der Gesundheitsstandort Baden-Württemberg. Von dem Investitionsprogramm in Höhe von 1,2 Milliarden Euro, das die Koalitionsfraktionen aufgelegt haben, geht etwa ein Viertel in die Gesundheitswirtschaft. Herr Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. von Komorowski, Sie haben sehr schön gesagt, dass Baden-Württemberg seine Kliniken in finanzieller Hinsicht besser behandelt als alle anderen Bundesländer. Damit haben Sie recht, aber ich habe jetzt gehört: Das reicht trotzdem nicht. Deswegen will ich sagen, dass wir noch einmal ganz enorm in diesen Gesundheitsstandort investieren.

Jeder weiß, dass wir ein Automobilstandort sind und Anlagen- und Maschinenbau betreiben. Aber wir müssen ebenso deutlich machen, dass wir auch ein wichtiges Standbein in der Gesundheitswirtschaft haben. Dass sie an Bedeutung gewinnen wird, das hat die Krise noch mal gezeigt. Wir haben hier bereits Cluster mit großem Wachstumspotenzial. Ich denke etwa an die oberschwäbische Achse Friedrichshafen-Ravensburg, Biberach-Laupheim-Ulm oder an die Region um Tübingen. Nun wollen wir weiter in den Gesundheitsbereich investieren.

Wir haben ein enormes Potenzial an qualifizierten Arbeitsplätzen, an erstklassigen Angeboten der stationären und ambulanten Versorgung, an Ausbildungs- und Weiterbildungskapazitäten, aber auch in Forschung, Entwicklung und Produktion.

Gute Versorgung ist ein Thema, das Sie angesprochen haben und dem ich mich auch gerne stärker widme. Nur müssen wir einfach sehen: Wenn ich etwas zur Chefsache mache, gefällt das meinen Ministern nicht so,

(Heiterkeit)

den grünen schon nicht und den schwarzen erst recht nicht. Also, so einfach ist es nicht. Man kann nicht alles zur Chefsache machen. Zum Schluss brauche ich keine Minister mehr. Das geht ja dann auch nicht.

Ich bin also einen anderen Weg gegangen, indem ich spezielle Formate geschaffen habe; wie zum Beispiel den Strategiedialog Automobilwirtschaft oder das Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg: In diesen Formaten bringen wir alle Akteure zusammen, erkennen, was auf uns zukommt, und reagieren dann darauf.

Die Umwälzungen im Medizinbereich stehen denen in der Automobilindustrie in keiner Weise nach; ganz im Gegenteil. Wenn wir sehen, wie personalisierte Medizin, Digitalisierung und künstliche Intelligenz das Gesundheitswesen total umpflügen, dann wird uns klar: Da müssen wir dranbleiben. Da dürfen wir uns nicht abhängen lassen. Denn wir müssen bedenken: Unsere Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, bestmöglich behandelt und versorgt zu werden. Aber wir stehen auch in einem harten Wettbewerb mit Giganten aus den USA, die diesen Bereich teilweise beherrschen.

Da ist es unsere Aufgabe, unsere Mittelständler zu unterstützen, damit sie in diesem dramatischen Wandel mithalten können. Das können sie nur, wenn im Zusammenspiel von Versorgung, Medizintechnik, Medizinwirtschaft und Forschung alle miteinander kooperieren. Ich darf Sie noch einmal ermutigen, sich weiterhin kraftvoll in diesen Gesundheitsdialog einzubringen. Das ist ganz entscheidend wichtig.

Die Automobilwirtschaft habe ich schon angesprochen. Da geht es vor allem um Klimaneutralität und darum, dieses Ziel durch Technologieoffenheit zu erreichen. Es geht aber auch um Zigtausende von Arbeitsplätzen. Deshalb arbeiten Partner aus Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft über Sektoren hinweg zusammen. Das eigene Silo zu verlassen und sektorenübergreifend zu arbeiten – glauben Sie mir, meine Damen und Herren –, das ist inzwischen das A und O. Die Digitalisierung vernetzt alles, was vernetzbar ist. Das sind keine hohlen Sprüche mehr, sondern das geschieht tatsächlich. Nur wenn wir das erkennen und die richtigen Schlüsse daraus ziehen, können wir in der gnaden-

losen Konkurrenz auf den Weltmärkten überhaupt bestehen. Und es ist wichtig, dass Europa seine eigenen Lösungen für diese Herausforderungen findet.

Sie haben es gesagt, Herr Präsident Landrat Walter: Wir sind auch ein erstklassiger ÖPNV-Standort. Wir haben es geschafft, selbst während des Lockdowns überall im Land ein Grundangebot an öffentlichen Verkehrsleistungen aufrechtzuerhalten. Da hat man erneut gesehen, wie gut die Zusammenarbeit zwischen Land und Kreisen funktioniert.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch ein paar Sätze zum Straßenunterhalt und zur Ganztagschule. Zunächst zum Straßenunterhalt, den Sie in einem aktuellen Positionspapier ansprechen. Wir sind über die darin enthaltenen Finanzfragen schon im Gespräch miteinander. Sie wissen, dass wir Ihr Anliegen, die UI-Mittel an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, gut nachvollziehen können. Deswegen bin ich zuversichtlich, dass wir da zu einer guten Lösung kommen werden.

Wir haben beim Thema Ganztagschule Handlungsbedarf, und wir haben Geldbedarf. Ich sage es einfach mal ganz drastisch: Diese ganze Programmpolitik des Bundes ist eine Pest! Ich kann es nicht anders sagen. Jedes Mal gibt es nur Streit und Verzögerung. Der Digitalpakt war das klassische Beispiel dafür. Es hat Jahre gedauert, bis wir uns da finanziell geeinigt haben. Aber wir hätten doch auch darüber reden müssen, was wir eigentlich mit diesen Geräten im Unterricht machen wollen. Das wäre doch das Wichtige gewesen.

Bei jedem Bundesprogramm ist es dasselbe. Jetzt haben wir wieder einen riesigen Stress mit diesem Ganztagschulprogramm. Dabei haben wir in Baden-Württemberg eine besondere Situation, weil das bei uns hauptsächlich die Kommunen machen, die in diesem Fall nicht unter staatlicher Aufsicht stehen und ihre eigenen Qualitätsmerkmale haben. So besuchen ca. 293.000 Schülerinnen und Schüler kommunale Angebote, für die keine Betriebserlaubnis besteht und die auch nicht unter Schulaufsicht stehen. Dagegen besuchen gerade einmal ca. 24.000 Schülerinnen und Schüler einen Hort mit Betriebserlaubnis. Wir können aber auch nicht 15 andere Länder blockieren. Das würde

niemand verstehen. Weder kann ich auf 100 Millionen Euro verzichten noch irgendetwas machen, wo mir die anderen 15 Länder aufs Dach steigen.

Bundesmittel sind meist befristete Mittel. Dann werden in der Befristung die Standards angehoben, und hinterher sollen wir das finanzieren – die Gemeinden, die Kreise und das Land. Das ist kein gutes Regieren. Die Verfassung Deutschlands sieht dafür einen klaren Weg vor. Und das ist Artikel 106. In ihm steht, dass Bund und Länder ihre Deckungsbedürfnisse fair aushandeln. Diesen Weg muss man wieder beschreiten. Dann kommen wir auch wieder zu einem ordentlichen Regierungshandeln, das die Leute verstehen und nachvollziehen können.

Die Unionsparteien waren beim Thema Föderalismus immer eine sichere Bank,

(Beifall)

weil das Subsidiaritätsprinzip aus der katholischen Soziallehre zu ihrem Gründungspfeiler gehört. Das hat CDU und CSU tief geprägt. Doch leider hat sich da in den vergangenen Jahren ein Wandel vollzogen. Da war ich dann in der Ministerpräsidenten-Konferenz teilweise der letzte Mohikaner, der das Subsidiaritätsprinzip überhaupt noch vertreten hat. Mittlerweile habe ich, Gott sei Dank, neue Verbündete gefunden, wie den Ministerpräsidenten Laschet und andere mehr.

Also, meine Damen und Herren, unsere Verfassung gibt uns den Weg vor, den wir zu beschreiten haben. Wenn neue Aufgaben auf eine Ebene zukommen, Bund oder Land, dann muss man das verhandeln. Selbstverständlich ist auch die Digitalisierung an den Schulen eine neue Aufgabe. Die muss man weiter zwischen Bund, Ländern und Kommunen verhandeln. Alles andere höhlt den Föderalismus aus; und vor allem: Es macht ihn unpopulär.

Wir haben ja in Deutschland die wirklich widersinnige Situation: Wir sind ein erfolgreiches föderales Gemeinwesen, aber der Föderalismus ist unbeliebt. Alle wollen ein Einheitsschulbuch. Und wenn es irgendwelche Vorschriften wie jetzt bei Corona gibt, die in

Mecklenburg-Vorpommern anders sind als in Baden-Württemberg, dann schreien schon alle. Ich frage mich immer: Warum?

(Beifall)

Aber es ist einfach so. Selbst der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, der beim Thema Föderalismus eigentlich ein enger Verbündeter ist, plädiert nun schon für bundeseinheitliche Regeln.

Herr Präsident Landrat Walter, ich bin genau Ihrer Meinung: Gerade in der Krise hat sich gezeigt, wie wichtig ein föderales Gemeinwesen mit Gemeindefreiheit und kommunaler Selbstverwaltung ist – ein Gemeinwesen, in dem es die Verantwortungsträger gewohnt sind, eigenverantwortlich zu handeln, weil sie eigene Entscheidungsbereiche haben. Ich bin dankbar dafür, dass der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ralph Brinkhaus, eine weitere Föderalismuskommission ins Gespräch gebracht hat, damit wir die Dinge wieder neu sortieren können.

Was unser 1,2-Milliarden-Paket anbelangt, will ich vier Bereiche nennen: Gesundheitsstandort, Mobilität, dann die ganzen Zukunftsinvestitionen für unsere Mittelständler sowie den Bereich Künstliche Intelligenz und Digitalisierung. Daran sehen Sie: Wir haben das Geld nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt und auch keine Wahlgeschenke gemacht. Wir haben in dieser Krise in die Zukunftsbereiche des Landes investiert, damit wir gestärkt aus dieser Krise hervorgehen können. Das war eine wichtige und richtige Entscheidung.

Ich habe kürzlich wieder drei Landkreise besucht, den Rhein-Neckar-Kreis mit Herrn Landrat Dallinger, den Enzkreis mit Herrn Landrat Rosenau und den Kreis Sigmaringen mit Frau Landrätin Bürkle. Diese Besuche und Gespräche sind mir sehr wertvoll, denn ich nehme da immer unglaublich viel mit: Wie tickt die Region? Was sind die Probleme? Und ich spüre jedes Mal die unglaublich vertrauensvolle Zusammenarbeit von Landesregierung auf der einen und den Landrätinnen und Landräten auf der anderen Seite.

Dieses Vertrauen ist enorm wertvoll. Denn der Profit dieses Vertrauens zwischen Land, Kreisen und Kommunen ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Institutionen. Dafür bin ich sehr dankbar! Und ich bin froh, dass ich in den zurückliegenden zehn Jahren noch keine einzige Landrätin und keinen einzigen Landrat erlebt habe, wo ich gesagt hätte: Zu der oder zu dem gehst du jetzt aber nicht mehr so schnell hin.

(Heiterkeit)

Unsere Gespräche sind außerordentlich sachbezogen und lösungsorientiert. Das ist mir einfach immer eine Freude. Ich finde, es macht etwas von der Wohlgeordnetheit unseres Gemeinwesens aus, dass wir weit über Parteigrenzen hinweg immer bestrebt sind, uns in der Sache zu einigen. Dafür stehen unsere Landkreise und unsere Landrätinnen und Landräte.

Ihnen allen sage ich vielen herzlichen Dank für diese gute Zusammenarbeit im Sinne des Landes und seiner Menschen!

(Anhaltender Beifall)